

## Rede vom 25. September 2019 – Digitale Bildung

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Digitalpakt, geschlossen zwischen dem Bund und den Ländern, ist eine notwendige Maßnahme und Initiative des Bundes, um Hessens Schulen technisch und medienpädagogisch ins Jahr 2019 zu katapultieren. Die Frage, ob die Idee hinter dem Digitalpakt sinnvoll ist, stellt sich mir nicht. Hessens Schulen haben einen dringenden Nachholbedarf bei der Ausstattung, bei der Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals und bei der Entwicklung und Umsetzung medienpädagogischer Konzepte.

(Beifall SPD)

Die Frage, die sich mir aber allemal stellt, ist, ob der Digitalpakt in seiner jetzigen Form hilfreich ist. 372 Millionen € hat der Bund insgesamt für Hessen zur Verfügung gestellt, nachdem die Hessische Landesregierung ihre Blockade gegen die Änderung des Grundgesetzes aufgegeben hatte.

Wir haben es eben gehört – auch schon früher mehrfach –: Hessen stockt die Mittel auf 500 Millionen € auf. Davon entfallen auf jeden Schüler bzw. auf jede Schülerin im Durchschnitt 540 € für den Zeitraum von fünf Jahren. Wie Herr Promny festgestellt hat, sind es, heruntergebrochen auf ein Jahr, durchschnittlich 108 € pro Schülerin bzw. Schüler. Man muss sich fragen, ob das wirklich ein fairer Beitrag ist, wenn man bedenkt, was eine technische Ausstattung, laufende Kosten, Unterrichtsmaterial und Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer ausmachen. Ich sage: eher nicht.

(Beifall SPD)

Aber genug zu den Zahlen; darüber haben wir heute wirklich schon Hinreichendes gehört. Kommen wir zu den inhaltlichen Schwächen. Aus meiner Sicht hat der Gesetzentwurf Schwächen und Lücken, für deren Beseitigung es dringend einer weiteren Ausarbeitung bedarf. Mir ist bisher völlig unklar, wie in Hessen die Digitalisierung der Schulen weitergehen, geschweige denn, gelingen soll.

Die Gespräche mit den Beteiligten in den Kommunen und bei den Schulträgern zeigen auf, dass auch diejenigen, die den Digitalpakt umsetzen müssen, nicht wissen, wie das geschehen soll. Ein Gesetzentwurf, der nur über die Verteilung von finanziellen Mitteln informiert, ist nicht lösungsorientiert genug und damit nicht wirklich hilfreich. Klappern wir doch ein paar inhaltliche Punkte ab, die bei mir und sicherlich auch bei vielen anderen Fragen aufwerfen. Der Zeitplan ist aus meiner Sicht sehr ambitioniert, und es fehlen dafür Rahmenvereinbarungen mit den Schulträgern und auch die dringend notwendige Förderrichtlinie, ohne die eine zügige Umsetzung nicht machbar ist. Zudem muss geklärt werden, welche Schulen über welche Bestände verfügen, da die Situationen in den Schulen völlig unterschiedlich sind. Das bedeutet im Umkehrschluss auch, dass einige Schulen einen enorm hohen Nachholbedarf an digitaler Modernisierung haben und somit auch mehr Mittel ausschöpfen müssen als andere Schulen. Es fehlen derzeit Mindeststandards für die technische Ausstattung, landesweite Richtlinien und ein Orientierungsrahmen für die Neukonzeption und Weiterentwicklung der Medienbildungskonzepte der Schulen – also ein landesweites medienpädagogisches Konzept für unsere Schulen.

(Beifall SPD)

Ich möchte auch noch auf das Thema Evaluation eingehen. Die sach- und fachgerechte Bewertung soll Aufschluss über den Erfolg oder Misserfolg des Prozesses geben: Wie wird geprüft, ob Mittel vollständig und sinnvoll eingesetzt werden? Was passiert, wenn die Mittel nicht ausreichen und Mehrbedarf entsteht, und wie wird sichergestellt und überprüft, dass die Umsetzung wie geplant abläuft? Auch hier würde ich mir etwas mehr Liebe zum Detail wünschen und vor allen Dingen eine nachvollziehbare und funktionstüchtige Strategie des Landes Hessen.

(Beifall SPD)

Letzter Punkt. Eine der größten Fragen ist aus meiner Perspektive die Zukunft des Digitalpakts – auch das hat Herr Promny angesprochen –: Was geschieht nach fünf Jahren? Läuft der Pakt nach fünf Jahren aus? Wo liegt die Zukunft der Schulen im Hinblick auf Digitalisierung und Medienpädagogik?

Die Digitalisierung ist ein sich stetig wandelnder Prozess. Technik veraltet, neue Techniken erscheinen auf dem Markt, und zusätzlich muss die Ausstattung in den Schulen stets gewartet werden.

(Manfred Pentz (CDU): Ach! Das ist etwas ganz Neues!)

Dies erfordert einen hohen Zeit- und Kostenaufwand. Der mir vorliegende Gesetzentwurf trifft aber keine Aussagen zur dauerhaften Finanzierung bzw. zur Verstetigung der Mittel. Gerade die digitale Ausstattung braucht aber regelmäßige Updates. Mir stellt sich außerdem die Frage, was die schwarzgrüne Landesregierung im letzten halben Jahr in Sachen Digitalisierung gemacht hat, wenn sie jetzt noch ein knappes halbes Jahr braucht, um überhaupt starten zu können.

(Torsten Warnecke (SPD): Ja!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt Fragen über Fragen. Unzähliges ist ungeklärt oder schwammig formuliert. Es wurde vieles nicht zu Ende gedacht, und es herrscht insgesamt bei allen Akteurinnen und Akteuren große Verunsicherung darüber, wohin die Reise geht. Es fehlen Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, und es existieren keine klaren Ansagen für die Entwicklung von Schulmedienkonzepten. Ich erwarte, dass sich die Fragen in naher Zukunft beantworten lassen und dass sich Unsicherheiten auflösen, damit ich und viele weitere eine bessere Vorstellung davon haben, wie man mit dem Digitalpakt die hessischen Schulen endlich aus der Kreidezeit herausholen möchte.

(Beifall SPD – Manfred Pentz (CDU): Uiuui!)

Kommen wir zum Fazit: Wir werden zustimmen, weil das Geld endlich fließen muss. Die Schulen und die Schulträger warten schon zu lange.

(Manfred Pentz (CDU): Also doch alles gut!)

Zudem war lange bekannt, dass der Digitalpakt kommt. Wir werden den weiteren Prozess sehr wach begleiten, und wir erwarten eine regelmäßige Berichterstattung in den Ausschüssen.

(Beifall SPD)

Der Antrag der FDP gefällt uns gut; denn er kommt zum Punkt.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen werden wir ihm zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)